ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Expansionstempo in Deutschland bleibt vorerst verhalten

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2003) : Expansionstempo in Deutschland bleibt vorerst verhalten, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 338-354

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/2894

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Expansionstempo in Deutschland bleibt vorerst verhalten

Von **Joachim Benner, Dóra Borbély, Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Joachim Scheide** und **Rainer Schmidt**

Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2002 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Vierteljahr mit einer laufenden Jahresrate von 1,1 Prozent zu, nachdem es im Frühjahr sogar nur mit 0,6 Prozent ausgeweitet worden war (Schaubild 1). Impulse kamen dabei – trotz der Aufwertung des Euro vom Frühsommer – vor allem von der Auslandsnachfrage, die spürbar an Schwung gewann. Stützend wirkte ferner die raschere Zunahme des privaten Verbrauchs infolge beschleunigt steigender Bruttolöhne und Transfereinkommen. Die Investitionen waren demgegenüber abermals rückläufig.

In den letzten Monaten des Jahres 2002 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion kaum zugenommen haben. Darauf deuten die Frühindikatoren hin. So ist die Industrieproduktion im Oktober gesunken. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich seit Juni kontinuierlich eingetrübt, und die Geschäftslagebeurteilung hat sich nur wenig verbessert. Die Auftragseingänge in der Industrie stagnieren in der Tendenz, im Baugewerbe sind sie weiter gesunken.

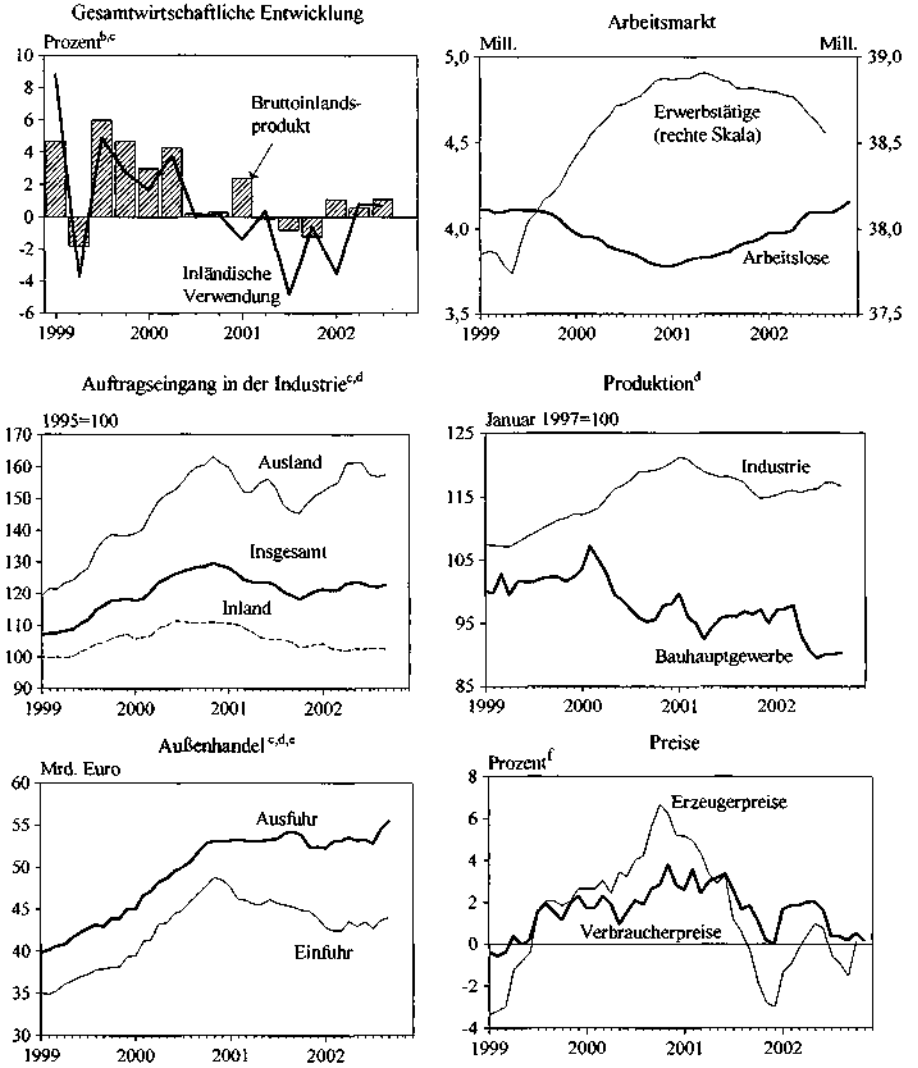
Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich deutlich verschlechtert. Die Beschäftigung sinkt seit dem Frühjahr beschleunigt, gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit weiter erhöht, wenngleich nicht so stark wie die Beschäftigung rückläufig war. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im November bei 10,0 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte sie noch 9,5 Prozent betragen.

Die Phase eines nahezu unveränderten Verbraucherpreisniveaus dauerte bis zuletzt an. Im November lag der Preisindex für die Lebenshaltung nur geringfügig über seinem Stand im März. Zwar sanken die Nahrungsmittelpreise im Herbst nicht mehr, dafür dämpfte der Rückgang der Energiepreise den Preisanstieg. Ihr Vorjahresniveau übertrafen die Verbraucherpreise im November um 1,1 Prozent.

Monetäre Rahmenbedingungen etwa neutral

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Anfang Dezember den Hauptrefinanzierungssatz um einen halben Prozentpunkt auf 2,75 Prozent gesenkt. Am Geldmarkt war ein Zinsschritt seit dem Sommer erwartet worden, mit der Folge, dass sich das Zinsniveau hier kontinuierlich verringert hatte; Anfang Dezember lag der Dreimonatszins bei knapp 3 Prozent. Die kurzfristigen Realzinsen sind ebenfalls leicht gesunken. Nimmt man die laufende Kerninflationsrate von reichlich einem Prozent als Maß für die kurzfristigen Inflationserwartungen, so liegt der reale Dreimonatszins allerdings nur wenig unter jenen 2 Prozent, um die er seit dem Frühjahr schwankt. Unterstellt man für Deutschland einen neutralen

Schaubild 1: Indikatoren[a] zur Konjunktur in Deutschland



[a] Saisonbereinigt. – [b] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – [c] Real. – [d] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – [e] Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – [f] Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Realzins von etwa 2 Prozent,[1] so wirkt die Geldpolitik derzeit weder anregend noch dämpfend auf die deutsche Konjunktur.

Die Kapitalmarktzinsen sind weiter sehr niedrig. Anfang Dezember rentierten Bundesanleihen mit 9- bis 10-jähriger Restlaufzeit mit 4,5 Prozent. Sie verzinsten sich damit etwa so hoch wie vor drei Monaten und mehr als einen halben Prozentpunkt niedriger als im Frühjahr. Real gerechnet haben sich auch die Kapitalmarktzinsen im vergangenen halben Jahr nur geringfügig verringert, denn die langfristigen Inflationserwartungen – gemessen an der Break-Even-Inflationsrate für inflationsindexierte französische Staatsanleihen - sind ebenfalls gesunken, wenn auch nicht so stark wie die Nominalzinsen. Anfang Dezember lagen die realen Kapitalmarktzinsen mit reichlich 3 Prozent um etwas weniger als einen Prozentpunkt unter ihrem langjährigen Durchschnitt.

Verschlechtert haben sich die Finanzierungsbedingungen durch den Fall der Börsenkurse. Seit Juni hat der Deutsche Aktienindex (DAX) etwa 25 Prozent verloren. Neuemissionen von Aktien werden angesichts dieses Umfelds praktisch nicht mehr vorgenommen. Allerdings hat sich das Kursniveau seit Oktober stabilisiert.

Der Euro hat seine im Frühjahr begonnene Aufwärtsbewegung zuletzt nicht fortgesetzt. Real und effektiv büßte er im September und Oktober sogar etwas an Wert ein, was allerdings durch die danach folgende abermalige Aufwertung gegenüber dem US-Dollar zumindest teilweise kompensiert worden sein dürfte. Alles in allem haben die Anregungen seitens der monetären Rahmenbedingungen seit dem Frühjahr abgenommen. Gegenwärtig dürften sie etwa neutral auf die Konjunktur wirken.

Im Prognosezeitraum wird die EZB die Zinsen auf dem jetzt erreichten Niveau belassen (Benner et al. 2002). Die Kapitalmarktzinsen werden vorerst noch niedrig bleiben; im weiteren Jahresverlauf ziehen sie im Zuge der weltweiten Erholung der Konjunktur leicht an (Tabelle 1). Da sich allerdings die Inflationserwartungen auch wieder etwas erhöhen dürften, werden die langfristigen Realzinsen wohl nur wenig steigen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar dürfte etwa auf dem gegenwärtigen Niveau verharren. Alles in allem werden die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum nahezu unverändert bleiben.

Finanzpolitik bremst Wachstum

Die Finanzpolitik hat im Jahr 2002 eine Ausweitung des Budgetdefizits, die sich wegen der schwachen Konjunktur und aufgrund spezifischer Regeln der Reform der Unternehmensbesteuerung abzeichnete, hingenommen. Zwar haben viele Länder und schließlich der Bund Haushaltssperren beschlossen, die eingesparten Beträge sind aber gering geblieben. Die Ausgaben zur Beseitigung der Hochwasserschäden und zur Entschädigung der Betroffenen haben den Budgetsaldo nur

[1] Für Euroland liegt der Realzins zwischen 2 und 3 Prozent (vgl. Gern et al. 2002), für Deutschland ist mit einem etwas niedrigerem Realzins zu rechnen.

Tabelle 1: Rahmendaten der Konjunkturprognose 2002 und 2003

	2002				2003			
	1.Q.	2.Q.	3.Q.[a]	4.Q.[b]	1.Q.[b]	2.Q.[b]	3.Q.[b]	4.Q.[b]
Geldmenge M3, Euroland[c,d]	5,1	6,3	8,0	6,0	3,0	4,0	5,0	5,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,4	3,5	3,4	3,1	2,9	2,9	2,9	3,0
Rendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	4,9	5,1	4,6	4,5	4,5	4,7	4,9	5,1
Tariflohnindex[e,f]	2,4	2,7	3,2	3,0	3,0	2,1	2,7	2,6
Wechselkurs US-Dollar/Euro	0,88	0,92	0,99	1,00	1,02	1,00	1,00	1,00
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft[g]	92,2	92,5	94,8	94,9	95,2	94,9	94,9	94,9
Industrieproduktion im Ausland[d,h]	1,1	3,6	0,2	2,1	2,0	2,7	3,4	3,8
Rohölpreis[i]	21,0	24,5	26,9	25,8	25,5	25,0	25,5	26,0

[a] Teilweise geschätzt. – [b] Prognose. – [c] Saisonbereinigter Index. – [d] Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – [e] Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent. – [f] Auf Stundenbasis. – [g] Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – [h] In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – [i] US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.), *Monatsbericht*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Monatsbericht*, eigene Berechnungen.

wenig beeinflusst.[2] Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2002 von 2,8 Prozent auf vermutlich 3,6 Prozent gestiegen.

Im Jahr 2003 wird die Finanzpolitik restriktiv wirken. Die Einkommensteuerbelastung wird – anders als im Juli 2000 beschlossen – nicht gesenkt, sie nimmt progressionsbedingt sogar zu. Der Körperschaftsteuersatz wird um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5 Prozent erhöht. Zudem werden die Mineralölsteuer, die Stromsteuer und die Tabaksteuer um zusammen 3 Mrd. Euro angehoben. Darüber hinaus plant die Regierungskoalition deutliche Steuererhöhungen (Tabelle 2). Es ist offen, inwieweit die von der Koalition vereinbarten Maßnahmen im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens modifiziert werden und inwieweit sie am Widerstand des Bundesrats scheitern werden; Letzteres wird auch davon abhängen, wer die Landtagswahl in Hessen und die in Niedersachsen gewinnt. Wir erwarten, dass sich die Steuererhöhungen auf 4 Mrd. Euro belaufen werden.

Auch die Belastung durch Sozialbeiträge wird im Jahr 2003 zunehmen. Der (durchschnittliche) Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird abermals steigen, der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird um 0,4 Prozentpunkte angehoben. Außerdem werden die Beitragsbemessungs-

[2] Die betreffenden Ausgaben dürften rund 1 Mrd. Euro betragen haben; rund 5 Mrd. Euro werden im Jahr 2003 aufgewendet werden.

Tabelle 2: Von der Bundesregierung geplante Steuererhöhungen (Auswirkungen im Jahr 2003 in Mill. Euro)

Erhöhung der Steuer auf Erdgas, Flüssiggas, schweres Heizöl	1000
Reduktion der Vergünstigungen bei der „Ökosteuer"	400
Anhebung der Mehrwertsteuer für ausgewählte Produkte (z.B. Blumen, Leistungen der Zahntechniker)	1400
Erhöhte Steuer für Unternehmen (u.a. durch die Einschränkung des Verlustvortrags)	1500
Erhöhte Steuer auf die Nutzung von Firmenfahrzeugen	400
Einschränkung der Abschreibungen auf vermietete Gebäude	0[a]
Neuregelung der Besteuerung der privaten Veräußerungsgewinne (Wertpapiere, nicht selbst genutzte Immobilien)	0[a]
Reduktion der Eigenheimzulage	200
Zusammen	4900

[a] Infolge der Veranlagungstechnik Mehreinnahmen erst im Jahr 2004.

Quelle: Bundesregierung (2002), BMF (2002), eigene Schätzungen.

grenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung zu Jahresbeginn 2003 kräftig erhöht.

Die Expansion der konjunkturbereinigten Staatsausgaben wird sich im Jahr 2003 geringfügig abflachen (2002: 2 Prozent). Die Anhebung der Löhne im öffentlichen Dienst wird – angesichts einer harten Verhandlungsführung durch die öffentlichen Arbeitgeber, die durch große Budgetdefizite im Jahr 2002 und die erwarteten hohen Fehlbeträge für das Jahr 2003 bedingt ist – geringer sein als im Jahr 2002; für den Jahresdurchschnitt 2003 erwarten wir einen Lohnanstieg um 1,9 Prozent. Freilich wird die steigende Beitragsbelastung beträchtliche Mehrausgaben mit sich bringen. Der Personalbestand im öffentlichen Dienst wird weiter abnehmen; vermutlich wird der Rückgang wie im Jahr 2002 reichlich ein Prozent betragen.

Die Sozialleistungen des Staates werden im Jahr 2003 ebenfalls verlangsamt steigen. Die Altersrenten der gesetzlichen Rentenversicherung werden am 1. Juli 2003 (gemäß der neuen Rentenformel) um vermutlich 1,2 Prozent erhöht; die Zunahme wird wesentlich geringer als zur Mitte des Jahres 2002 (2,3 Prozent) ausfallen. Die Aufwendungen des Bundes für die Arbeitslosenhilfe (14,8 Mrd. Euro im Jahr 2002) werden nicht ausgeweitet werden. Zwar wird die Arbeitslosigkeit zunehmen, aber infolge verschärfter Regeln für die Anrechnung sonstigen Einkommens der Arbeitslosenhilfeempfänger sowie der Einkommen der Ehegatten bzw. Lebenspartner dürften 1,3 Mrd. Euro eingespart werden.[3] In der Absicht, den Zuschuss des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 2003 gering zu halten, dürfte es bei dem Arbeitslosengeld (vor allem wegen einer

[3] Für alle öffentlichen Haushalte ist der Einspareffekt geringer, weil der Sozialversicherung reduzierte Beiträge des Bundes für die Arbeitslosenhilfeempfänger zufließen werden.

verschärften Zumutbarkeitsregelung) und im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu Minderausgaben in der Größenordnung von insgesamt 1,5 Mrd. Euro kommen. Aufgrund anderer Maßnahmen (Aufstockung des Personals, Einführung von Personalserviceagenturen, Subventionen für ältere Arbeitslose) sind freilich Mehrausgaben ähnlichen Ausmaßes zu erwarten.

Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im Jahr 2003 – nach einem kräftigen Rückgang im Jahr 2002, der durch die Abnahme der Steuereinnahmen der Kommunen und durch die Kürzungen der Länderzuweisungen an die Gemeinden bedingt ist - ausgeweitet werden. Zwar wird sich die Finanzlage der Gemeinden kaum verbessern, die Beseitigung der Hochwasserschäden wird aber erhebliche Investitionsausgaben zur Folge haben.

Die Regierungskoalition hat eine Vielzahl finanzpolitischer Maßnahmen beschlossen. Sie bedeuten nach unserem Urteil für das Jahr 2003 eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 2 Mrd. Euro und eine Anhebung der Steuereinnahmen um 4 Mrd. Euro; die Mehreinnahmen infolge der Erhöhung der Beitragssätze in der Renten- und in der Krankenversicherung sowie der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung veranschlagen wir auf 6 Mrd. Euro.

Das Maßnahmenpaket setzt nicht generell bei den Staatsausgaben, sondern nur bei einzelnen Ausgabenkategorien an. Es fehlen marktwirtschaftliche Reformansätze im Gesundheitswesen und Schritte zur Deregulierung des Arbeitsmarktes. Einige steuerpolitische Eingriffe widersprechen den bisherigen Reformschritten. Die verschärfte Besteuerung der Veräußerungsgewinne konterkariert die Begünstigung selbstfinanzierter Investitionen der Kapitalgesellschaften, sie widerspricht auch den Maßnahmen zur Förderung der privaten Vorsorge für das Alter. Andere Eingriffe in das Steuerrecht (z.B. die Einschränkung des Verlustvortrags) sind steuersystematisch unangebracht. Die Reduktion von Steuervergünstigungen ist nicht mit einer Verringerung der generellen Steuersätze verbunden und läuft deshalb auf eine Steuererhöhung hinaus. Gleichzeitig wird die Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge drastisch erhöht. Wahrscheinlich wird der Bundesrat einige Maßnahmen modifizieren oder verhindern. Gleichwohl wird die Finanzpolitik dazu führen, dass das Wachstum und die Beschäftigung geschwächt werden.

Exporte mit weniger Schwung

Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen zogen im Sommerhalbjahr überraschend stark an. Trotz einer schwachen Entwicklung der Industrieproduktion der Handelspartner Deutschlands – vor allem jener im Euroraum – und trotz der realen Aufwertung des Euro nahmen die Exporte mit annualisiert 11,2 Prozent sehr kräftig zu. Vermutlich wurde im dritten Quartal ein Großauftrag aus dem Ausland vom Mai 2002 abgewickelt, wofür die ausgeprägte Zunahme bei den Ausfuhren von Investitionsgütern spricht. Auch aus diesem Grund ist damit zu rechnen, dass die Exporte im vierten Quartal gesunken sind. Darauf deuten die abgeschwächte Zunahme der Auftragseingänge in der Industrie und die eingetrübten Exporterwartungen hin. Zu Beginn des Jahres 2003 werden die

Exporte aufgrund der schwachen Weltkonjunktur und der verzögerten Wirkung der Euroaufwertung zunächst nur verhalten expandieren. Mit dem Anziehen der Produktion bei den Handelspartnern und dem Auslaufen der wechselkursbedingten Dämpfung im weiteren Verlauf des Jahres 2003 erwarten wir wieder höhere Zuwachsraten. Alles in allem werden die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2003 um 2,4 Prozent steigen, nach 2,1 Prozent im Jahr 2002.

Nachdem die Importe von Waren und Dienstleistungen seit Beginn des Jahres 2001 rückläufig gewesen waren, legten sie im Sommerhalbjahr mit rund 4 Prozent zu. Dies lag außer an der regen Exporttätigkeit an der Belebung des Konsums. Zum Jahresende werden die Importe angesichts eines Rückgangs bei den Exporten und einer nur schwachen Zunahme der Binnennachfrage leicht rückläufig sein. Im Jahresdurchschnitt 2002 werden sie um 2,2 Prozent sinken. Im kommenden Jahr wird die Binnennachfrage stärker expandieren als in diesem. Gleichzeitig werden im Verlauf des Jahres die für Exporte benötigten Importe von Vor- und Zwischenprodukten steigen, so dass die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen 2003 um 3,5 Prozent zunehmen wird.

Der Deflator der Importe dürfte im zweiten Halbjahr 2002 gesunken sein. Dies ist hauptsächlich auf die preismindernden Effekte der Euroaufwertung zurückzuführen. Gleichzeitig wurden die Einfuhrpreise durch fallende Preise für nichtenergetische Industrierohstoffe gedrückt. Die Rohölnotierungen waren aufgrund der angespannten Lage in Nahost anfangs noch gestiegen, doch sind sie zuletzt deutlich gesunken. Deswegen dürfte im Jahr 2003 der Auftrieb bei den Einfuhrpreisen trotz wieder anziehender Konjunktur gering sein. Im Jahresdurchschnitt wird der Deflator der Importe konstant bleiben, nachdem er im laufenden Jahr noch um 1,6 Prozent gesunken ist. Da der Deflator der Exporte im Schnitt des Jahres 2002 rund 0,6 Prozent über seinem Vorjahreswert liegen dürfte, werden sich die Terms of Trade für dieses Jahr merklich verbessern. Diese Tendenz wird sich im kommenden Jahr abgeschwächt fortsetzen.

Investitionen beleben sich allmählich

Die Unternehmensinvestitionen, die sich aus den Investitionen in Ausrüstungen und sonstigen Anlagen sowie den Wirtschaftsbauinvestitionen zusammensetzen, waren auch im dritten Quartal 2002 aufgrund der schwachen Auftragslage und der weiterhin unausgelasteten Produktionskapazitäten rückläufig. Für das vierte Quartal rechnen wir noch nicht mit einer Belebung der Investitionen, dafür sprechen die eingetrübten Geschäftserwartungen der Industrie und die fallenden Auftragseingänge im Wirtschaftsbau und Investitionsgütergewerbe. Für das Gesamtjahr 2002 zeichnet sich ein Rückgang ab, der mit 7,3 Prozent deutlich stärker ausfällt als im Vorjahr (Tabelle 3), wobei die Ausrüstungen etwas mehr abnehmen als die Wirtschaftsbauten, während die sonstigen Anlagen ein leichtes Plus aufweisen.

Nach der Jahreswende werden die Unternehmensinvestitionen allmählich steigen. Im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung werden sich die Absatz- und Ertragsperspektiven wieder aufhellen. Nur bei den Wirtschaftsbauten ist

Tabelle 3: Reale Anlageinvestitionen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent) 2000–2003

	2000	2001	2002[a]	2003[a]
Anlageinvestitionen	2,5	−5,3	−6,6	0,4
Unternehmensinvestitionen	6,0	−4,3	−7,3	0,9
Ausrüstungen	9,5	−5,8	−9,2	1,1
Sonstige Anlagen	8,4	5,0	2,4	5,2
Wirtschaftsbau	−2,4	−4,1	−6,3	−1,6
Wohnungsbau	−2,6	−7,1	−5,6	−0,8
Öffentlicher Bau	−3,4	−5,0	−5,4	1,0
Nachrichtlich:				
Bauten insgesamt	−2,6	−6,0	−5,8	−0,8

[a] Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Fachserie 18, Reihe 1.3*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Fachserie 18, Reihe 3*, eigene Schätzungen und Prognosen.

mit einer weiteren Abwärtsentwicklung zu rechnen, darauf lassen die sinkenden Baugenehmigungen und die schwache Auftragslage schließen. Erst bei wieder zunehmender Kapazitätsauslastung im zweiten Halbjahr dürfte auch im Wirtschaftsbau die Schwäche überwunden werden. Angeregt wird die Investitionstätigkeit insbesondere durch das niedrige Zinsniveau; hinzu kommen nur wenig steigende Rohstoffpreise und wieder geringere Tariflohnerhöhungen. Hemmend dürfte sich hingegen der Anstieg der Steuer- und Abgabenbelastung für die Unternehmen auswirken. So soll etwa die Möglichkeit des Verlustvortrags für Kapitalgesellschaften eingeschränkt werden. Alles in allem rechnen wir mit einem nur verhaltenen Anstieg der Unternehmensinvestitionen im weiteren Jahresverlauf. Wir erwarten für das Jahr 2003 eine Ausweitung um 0,9 Prozent.

Der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen setzte sich im Herbst 2002 fort, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie zuvor. Von der Beseitigung der Flutschäden in Ostdeutschland gehen belebende Impulse aus, die bis zur Jahresmitte zu einem leichten Anstieg im Wohnungsbau führen dürften. In der Grundtendenz bleiben die Wohnungsbauinvestitionen aber abwärts gerichtet. Aufgrund der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt und bestehender Leerstände wird die Nachfrage nach neuen Wohnbauten weiter zurückgehen. Infolge der Kürzung bei der Eigenheimzulage und der erhöhten steuerlichen Belastungen im Mietwohnungsbau sind deutlich dämpfende Effekte auf den Wohnungsbau zu erwarten. Anregend dürften sich im nächsten Jahr hingegen die niedrigen Finanzierungskosten auswirken. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2002 einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 5,6 Prozent und für das kommende Jahr einen um 0,8 Prozent.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr voraussichtlich um 5,4 Prozent schrumpfen; für das nächste Jahr erwarten wir einen Anstieg um 1,0 Prozent, was im Wesentlichen auf die Beseitigung der Flutschäden in Ost-

deutschland zurückzuführen ist. Alles in allem dürfte der Abwärtstrend bei den Bauinvestitionen im kommenden Jahr nicht überwunden sein. Wir rechnen bei den Bauinvestitionen insgesamt mit einem Minus von 5,8 Prozent in diesem und 0,8 Prozent im nächsten Jahr.

Vermögensverluste und steigende Abgaben dämpfen Konsum

Der private Verbrauch hat sich im dritten Quartal deutlich belebt. Er nahm mit einer laufenden Jahresrate von 1,9 Prozent zu. Maßgeblich hierfür waren nicht zuletzt die infolge hoher Tariflohnanhebungen stark gestiegenen verfügbaren Einkommen sowie der schwache Preisauftrieb. Der Ersatzbedarf an Konsumgütern in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten könnte ebenfalls zur Kräftigung des Konsums beigetragen haben. Im Schlussquartal 2002 dürfte sich die Expansion des privaten Konsums wieder abgeschwächt haben. Die Auswirkungen der starken Kursverluste auf den Aktienmärkten halten an (Benner et al. 2002), hinzu kommen die unsichere Lage am Arbeitsmarkt und das fehlende Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung. Angesichts der schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn fallen die Konsumausgaben der privaten Haushalte dieses Jahr um 0,5 Prozent geringer aus als im Vorjahr. Vor allem wegen der erheblichen Vermögensverluste auf den Aktienmärkten steigt die Sparquote auf 10,4 Prozent.

Im kommenden Jahr bleibt die Ausweitung des privaten Verbrauchs moderat. Zu Beginn des Jahres steigen die Beitragssätze zur Renten- und zur Krankenversicherung, außerdem wird die Bemessungsgrenze für die Beiträge zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung heraufgesetzt. Ferner werden die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe verschärft. Auch wegen der verhaltenen Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter sowie der geringeren Erhöhung der Renten dürften die verfügbaren Einkommen der Haushalte im nächsten Jahr nur moderat, um 1,0 Prozent, steigen. Allerdings wirkt der niedrige Preisanstieg stützend. Nach dem Sommer, wenn die Kapazitätsauslastung wieder zunimmt und sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt verbessern, wird sich die Ausweitung der Konsumausgaben der Haushalte beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt 2003 expandiert der private Verbrauch um 1,1 Prozent. Vor diesem Hintergrund bleibt die Sparquote im Jahr 2003 mit 10,3 Prozent nahezu unverändert.

Preisanstieg weiterhin sehr gering

Das Preisniveau blieb im Sommerhalbjahr stabil. Dämpfend wirkte insbesondere der Rückgang der Nahrungsmittelpreise bis zum Sommer, der den starken Preisschub zu Beginn des Jahres korrigierte. Auch sanken die Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe in der Tendenz. Im Oktober stiegen die Lebenshaltungskosten wieder an, saisonbereinigt um 0,3 Prozent; dabei erhöhten sich die Preise für Heizöl und Kraftstoffe kräftig, und bei den Erzeugerpreisen gab es seit März das erste Mal wieder einen Anstieg. Im November verbilligte sich die Lebenshaltung vor allem infolge des deutlichen Rückgangs der Rohölnotierungen.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir keinen nennenswerten Preisdruck, aber auch keine Deflation. Am Jahresende 2002 wird der Preisauftrieb durch den Rückgang der Weltmarktpreise für Rohöl und durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gebremst. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Inflationsrate von 1,3 Prozent. Im Januar 2003 dürften die Preise wegen verschiedener Steuererhöhungen deutlich steigen. So werden die Steuern auf Benzin, Diesel und Strom angehoben, viele Güter werden statt mit dem ermäßigten mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belastet, so zum Beispiel Blumen und Zierpflanzen. Ferner wird die Umsatzsteuerbefreiung für Auslandsflüge aufgehoben. Im weiteren Jahresverlauf wird der Verbraucherpreisanstieg angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und der geringen Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen spürbar abflachen. Für den Durchschnitt des Jahres 2003 erwarten wir eine Inflationsrate von 0,9 Prozent.

Arbeitslosigkeit steigt abermals stark

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Sommerhalbjahres drastisch verschlechtert. Das Tempo des Beschäftigungsabbaus hat sich nach der Jahresmitte außerordentlich stark beschleunigt. Saisonbereinigt hat sich die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2002 gegenüber dem Vorquartal um rund 160 000 Personen verringert, nach nur knapp 20 000 Personen im ersten und gut 70 000 Personen im zweiten Quartal. Waren viele Unternehmen bis zur Jahresmitte bestrebt, qualifiziertes Personal mit Hilfe des Abbaus von Überstunden, der Einführung von Kurzarbeit und der Nutzung von Arbeitszeitkonten zu halten, musste diese Strategie angesichts der anhaltenden Produktionsschwäche im Sommer aufgegeben werden. Es kam zu einer Entlassungswelle, die noch durch institutionelle Faktoren (Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit) verstärkt worden ist. Parallel hierzu wurden nach der Jahresmitte den Arbeitsämtern zunehmend weniger offene Stellen gemeldet. Aus der Herbstumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammern geht hervor, dass der Anteil der Unternehmen, die eine Verringerung ihres Personalbestands planen, von 25 Prozent im September 2001 auf 33 Prozent im Herbst 2002 gestiegen ist.

Die Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit spiegelt das Ausmaß der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Sommerhalbjahr nur eingeschränkt wieder. Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um rund 70 000 Personen. Dies entspricht nur knapp 45 Prozent des Beschäftigungsrückgangs in derselben Periode. Ursächlich hierfür ist in erster Linie das Job-AQTIV-Gesetz, welches für sich genommen eine Verringerung des Arbeitsangebots bewirkt hat (Deutsche Bundesbank 2002: 35 f.). Hinzu kommt offenbar, dass sich insbesondere weibliche Teilzeitkräfte verstärkt in die stille Reserve zurückgezogen haben.

Der anstehende Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird angesichts der prekären Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden voraussichtlich deutlich unter den geforderten 3 Prozent liegen. Damit werden die Abschlussraten, die für die meisten Bereiche der gewerblichen Wirtschaft in diesem Frühjahr ausgehandelt werden konnten, wie schon in der Lohnrunde 2000/2001 unterschritten

werden. Wir rechnen für den öffentlichen Dienst mit einer effektiven Tariferhöhung von 1,9 Prozent im Jahr 2003. Für die Gesamtwirtschaft veranschlagen wir den Anstieg des tariflichen Stundenlohns auf 2,6 Prozent. Dieser schlägt sich allerdings nicht in einem entsprechenden Anstieg der Bruttolöhne nieder, da die Unternehmen dem Kostenanstieg durch den Abbau von übertariflichen Leistungen begegnen. Rechnet man die Erhöhung der Lohnzusatzkosten um 0,8 Prozentpunkte infolge der Anhebung der Beitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung ein, so nehmen die Arbeitskosten insgesamt um 2,2 Prozent zu. Bei einem Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent entspricht dies einer Erhöhung des Produzentenreallohns[4] um 1,2 Prozent. Die Zunahme der Stundenproduktivität wird 2003 nur wenig über ihrem mittelfristigen Trend (1,5 Prozent) liegen. Positive Impulse der Lohnpolitik für die Beschäftigung sind unter diesen Umständen nur in geringem Umfang zu erwarten.

Die nunmehr mit erheblichen Änderungen und Abstrichen angelaufene Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission wird die registrierte Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr nur wenig reduzieren (Kasten 1). Die Umstrukturierung der Arbeitsämter in Jobcenter mit angeschlossenen Personalserviceagenturen (PSA) erfordert einen erheblichen Zeitaufwand. Die von den PSA übernommenen Arbeitslosen sind solange weiter zu den registrierten Arbeitslosen zu rechnen, wie sie noch nicht in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis vermittelt worden sind. Soweit für sie noch die gegenwärtig niedrigen Tarife für Leiharbeiter gelten (bis Ende 2003), besitzen sie zwar gute Vermittlungschancen, wobei die Gefahr von „Drehtüreffekten" allerdings groß ist. Auch von der rascheren und passgenaueren Vermittlung der registrierten Arbeitslosen sind angesichts der außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktlage vorerst nur sehr begrenzte Beschäftigungswirkungen zu erwarten.

Die bis zum nächsten Frühjahr sehr verhaltene konjunkturelle Entwicklung wird dazu führen, dass der Rückgang der Erwerbstätigkeit noch bis zum Sommer 2003 anhält. Hieran ändert auch die Tatsache nur wenig, dass sich die strukturell bedingte Reduzierung des Personalbestands in der ostdeutschen Bauwirtschaft infolge der Wiederaufbauarbeiten nach der Flutkatastrophe vorübergehend erheblich verlangsamen wird. Erst ab Herbst ist gesamtwirtschaftlich wieder mit nennenswerten Beschäftigungsgewinnen zu rechnen. Diese werden allerdings angesichts der moderaten konjunkturellen Erholung bescheiden ausfallen und sich zunächst überwiegend auf ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Teilzeitkräfte beschränken. Im Schlussquartal 2003 wird die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen noch immer deutlich (um mehr als 180 000 Personen) unter ihrem Stand im dritten Quartal 2002 liegen. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird die Beschäftigung um fast 290 000 Personen geringer sein als im Jahr 2002 (Tabelle 4). Für beide Jahre ergibt sich ein kumulierter Verlust von mehr als 500 000 Arbeitsplätzen. Dieser konzentriert sich auf das produzierende Gewerbe und die Bauwirtschaft. Aber auch im tertiären Sektor werden

[4] Veränderungsrate des Arbeitnehmerentgelts je geleisteter Arbeitsstunde abzüglich der Veränderungsrate des Deflators des Bruttoinlandsprodukts.

Kasten 1: Zu den Effekten der Einrichtung von Personalserviceagenturen auf die Beschäftigung

Kernelemente der Arbeitsmarktreform auf Basis des Hartz-Konzeptes sind die Einrichtung von Personalserviceagenturen (PSA) bei allen Arbeitsämtern und die Reform der Zeitarbeit. Aufgabe der PSA soll es sein, Arbeitslose in Zeitarbeit zu vermitteln und gezielt fortzubilden. Darüber hinaus sind die PSA ein Instrument, die Arbeitsbereitschaft von Arbeitslosen zu testen. Durch Androhung verstärkter Sanktionsmaßnahmen kann das Arbeitsangebot erhöht werden. Grundlegend für die Vermittlung ist die Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), welche aus dem Wegfall des besonderen Befristungsverbotes, des Synchronisationsverbotes und des Wiedereinstellungsverbotes resultiert – zumindest nach dem momentan vorliegenden Gesetzentwurf. Die Liberalisierung soll jedoch – laut Gesetzentwurf, aber entgegen den ursprünglichen Vorstellungen der Hartz-Kommission – die Gleichstellung von Leiharbeitnehmern mit den tariflich beschäftigten Stammkräften während der Dauer der Überlassung voraussetzen.

Aus dem Gleichbehandlungsgebot ergeben sich fundamentale Auswirkungen auch auf die reguläre Zeitarbeit. Ob sich ein positiver Effekt auf die Beschäftigung einstellen wird, hängt von der Entwicklung der Arbeitskosten ab. Aufgrund des Gleichbehandlungsgebotes werden die Zeitarbeitslöhne deutlich steigen, es sei denn die Tarifparteien weichen durch einen Tarifvertrag vom Grundsatz der Gleichbehandlung ab und vereinbaren einen niedrigeren Zeitarbeitslohn. Allerdings wird sich bei Beachtung des Gleichbehandlungsgebotes die dann geltende Liberalisierung des AÜG kostensenkend auswirken, weil der Kündigungsschutz ausgehebelt wird. Das Gleichbehandlungsgebot und die Liberalisierung des AÜG sollen zum 1. Januar 2004 in Kraft treten.

Bis zum 31. Dezember 2003 sollen die bisherigen Regelungen und Tarifverträge für die Arbeitnehmerüberlassung bestehen bleiben. Auch die Beschäftigung in den PSA soll sich – laut Gesetzentwurf – nach einem Tarifvertrag für Arbeitnehmerüberlassung richten. Voraussetzung für die Integration von Arbeitslosen ist, dass die Gewerkschaften ihre Zusage einhalten, in den Tarifverträgen für die Arbeitnehmerüberlassung Einsteigertarife für Arbeitslose, insbesondere Schwervermittelbare, zu implementieren. Diese Tarife müssen der geringeren Produktivität dieser Gruppe gerecht werden, und zwar auch über den 31. Dezember 2003 hinaus, da die kostensenkende Wirkung eines liberalisierten AÜG im Fall der Schwervermittelbaren wohl nicht ausreichend wäre. Unabhängig davon besteht, auch über den 31. Dezember 2003 hinaus, die Möglichkeit, dass der Verleiher einmalig für insgesamt, laut momentanem Gesetzentwurf, sechs Wochen der Überlassung ein Arbeitsentgelt in der Mindesthöhe des Arbeitslosengeldes vereinbart. Beide Wege führen dazu, die Chancen der Arbeitslosen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern. Mit einem Verdrängungseffekt ist dann nicht zu rechnen, wenn sich unter den PSA-Beschäftigten solche befinden, für die es aufgrund zu hoher Lohnkosten bisher keine Nachfrage gibt.

Grundsätzlich ist der Ansatz, Arbeitslose über den Weg der Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt zu integrieren, positiv zu bewerten. Dies ist eine marktorientierte Methode, um die Entwertung des Humankapitals zu bremsen und die Einstellungsbarrieren zu senken. Für das Jahr 2003 ist mit leicht positiven Effekten auf die Beschäftigung zu rechnen. Ob dies auch für die folgenden Jahre der Fall sein wird, bleibt vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgebotes unsicher. Im Hinblick auf eine möglichst große Beschäftigungswirkung wäre ein Verzicht auf das Gleichbehandlungsgebot sinnvoller gewesen. Entscheidend wird nun sein, ob die Gewerkschaften und die Zeitarbeitsbranche Einsteigertarife für Arbeitslose, insbesondere Schwervermittelbare, vereinbaren. Sollte es nicht zu einer stärkeren Lohnspreizung nach unten kommen, dürfte sich kein positiver Beschäftigungseffekt einstellen und eine Vermittlung von PSA-Arbeitslosen an private Unternehmen käme nicht zustande. Das würde bedeuten, dass Arbeitslose in staatlichen Beschäftigungsgesellschaften versteckt werden.

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz 1997–2003[a]

	1997	1998	1999	2000	2001	2002[b]	2003[b]
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 293	33 642	34 138	34 751	34 836	34 581	34 276
Nachrichtlich:							
Kurzarbeiter	183	115	119	86	123	211	225
Pendlersaldo	63	62	67	65	61	62	65
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 230	33 580	34 071	34 686	34 775	34 519	34 211
Selbständige[c]	3 917	3 974	3 939	4 001	4 081	4 097	4 116
Erwerbstätige (Inland)	37 208	37 616	38 077	38 752	38 917	38 678	38 392
Arbeitsangebot[d]	43 195	43 415	43 682	43 993	44 163	44 163	44 205
Stille Reserve[d]	1 603	1 520	1 506	1 352	1 394	1 426	1 612
Registrierte Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 889	3 852	4 059	4 201
Nachrichtlich:							
Arbeitslose nach ILO-Konzept[e]	3 787	3 594	3 333	3 065	3 074	3 248	3 360
Arbeitslosenquote :							
Nach eigener Berechnung[f]	10,6	10,2	9,7	9,1	9,0	9,5	9,9
Nach Definition der BA[g]	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,2
Westdeutschland							
Erwerbstätige[h]	30 721	31 127	31 556	32 288	32 568	32 394	32 137
darunter: BSM[i]	67	71	82	70	62	50	41
Arbeitsangebot[d]	35 187	35 391	35 668	36 070	36 294	36 315	36 367
Stille Reserve[d]	1 446	1 360	1 357	1 252	1 248	1 268	1 450
Registrierte Arbeitslose	3 020	2 904	2 755	2 530	2 478	2 653	2 780
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung[j]	9,0	8,5	8,0	7,3	7,1	7,6	8,0
Nach Definition der BA[g]	9,8	9,4	8,8	7,8	7,4	7,9	8,3
Ostdeutschland							
Erwerbstätige[h]	6 487	6 489	6 521	6 464	6 349	6 284	6 255
darunter: BSM[i]	235	315	349	247	182	143	122
Arbeitsangebot[d]	8 008	8 024	8 014	7 923	7 869	7 848	7 838
Stille Reserve[d]	157	160	149	100	146	158	162
Registrierte Arbeitslose	1 364	1 375	1 344	1 359	1 374	1 406	1 421
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung[j]	17,4	17,5	17,1	17,4	17,8	18,3	18,5
Nach Definition der BA[g]	18,1	18,2	17,6	17,4	17,5	18,0	18,2

[a] 1000 Personen. – [b] Prognose. – [c] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – [d] Eigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom August 2001. – [e] Gemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – [f] Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – [g] Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; ab 2001 nur eingeschränkt mit den Zahlen zuvor vergleichbar. – [h] Arbeitsortkonzept. Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, wobei die Angaben für Berlin zu 65 Prozent Westdeutschland und zu 35 Prozent Ostdeutschland zugeschlagen worden sind. Die sich hieraus ergebenden Anteile für Ost und West wurden auf die revidierten Erwerbstätigenzahlen übertragen. – [i] BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [j] Registrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus Inlands- und Inländer-Konzept).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Fachserie 1*, Pressemitteilung des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder vom 13. März 2002, eigene Schätzungen und Prognosen.

noch besonders im IT-Bereich, bei den Finanzdienstleistern (Banken, Investmentfonds) und bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen viele Stellen gestrichen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird bis Mitte 2003 weiter steigen – wenn auch wesentlich schwächer, als die Erwerbstätigkeit zurückgeht, da sich weiterhin viele Erwerbspersonen entmutigt in die stille Reserve zurückziehen werden. Saisonbereinigt wird die registrierte Arbeitslosigkeit ihren konjunkturellen Höchststand mit gut 4,2 Millionen Personen im Sommerhalbjahr 2003 erreichen. Danach wird sie nur wenig sinken, da von der erneuten Zunahme der Erwerbstätigkeit zu einem großen Teil nicht arbeitslos gemeldete Personen (ausschließlich geringfügig Beschäftigte, Teilzeitarbeitskräfte aus der stillen Reserve) profitieren werden. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden 4,2 Millionen Personen als arbeitslos registriert sein – eine Zunahme gegenüber 2002 um mehr als 140 000 Personen, die damit freilich hinter der Zunahme der stillen Reserve (knapp 190 000 Personen) zurückbleibt.

Ausblick: Zögerliche Konjunkturerholung

Zu Beginn des Jahres 2003 wird eine merkliche Beschleunigung der Konjunktur durch eine Reihe von Faktoren behindert. Aufgrund der Vermögensverluste durch den Verfall der Aktienkurse im Jahr 2002, der höheren Belastung mit Abgaben für die Sozialversicherung sowie mit Steuern und der ungünstigen Perspektiven am Arbeitsmarkt werden die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben nur sehr verhalten ausweiten. Hinzu kommt die in diesem Jahr eingetretene reale Aufwertung des Euro, die ihre dämpfende Wirkung auf die Exporte bis weit ins kommende Jahr entfalten wird. Überdies sind von der Weltkonjunktur zunächst nur geringe Impulse für die Exporte zu erwarten. Angesichts steigender Lohn- und Lohnzusatzkosten und höherer steuerlicher Belastungen bleiben die Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen zurückhaltend, auch wenn die Finanzierungsbedingungen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus günstig sind.

Im weiteren Jahresverlauf lassen die dämpfenden Wirkungen der Vermögensverluste auf den privaten Konsum allmählich nach. Gleichzeitig klingen die verzögerten Effekte der Aufwertung des Euro ab, und die Weltkonjunktur erholt sich, so dass die Auslandsnachfrage merklich an Schwung gewinnt. Bei niedrigen Zinsen und verbesserten Ertragsperspektiven werden die Investitionen wieder ausgeweitet. Das konjunkturelle Tempo bleibt bei all dem jedoch moderat (Schaubild 2). Erst zum Jahresende nimmt die Kapazitätsauslastung wieder zu. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,0 Prozent steigen (Tabelle 5), nach 0,2 Prozent im Jahr 2002.

Bei der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung werden die Gebietskörperschaften einschließlich der Sondervermögen im Jahr 2003 trotz der Steuererhöhungen (in finanzstatistischer Abgrenzung) ein Budgetdefizit von 65 Mrd. Euro aufweisen. Der Schuldenstand des öffentlichen Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird wohl auf 63 Prozent steigen. Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte im Jahr 2003 – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – von 3,6 (2002) auf 3,0 Prozent sinken.

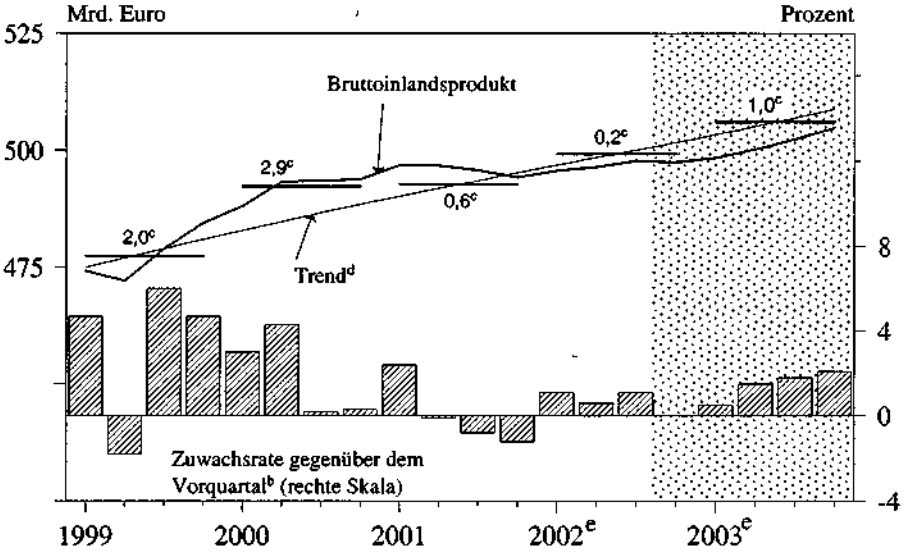
Tabelle 5: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2000–2003

	2000	2000	2001	2002[a]	2003[a]
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1980,8	2,9	0,6	0,2	1,0
Private Konsumausgaben	1131,6	1,4	1,5	−0,5	1,1
Konsumausgaben des Staates	382,6	1,2	0,8	1,5	0,6
Anlageinvestitionen	419,5	2,5	−5,3	−6,6	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	165,4	9,5	−5,8	−9,2	1,1
Bauinvestitionen	227,7	−2,6	−6,0	−5,8	−0,8
Sonstige Anlagen	26,5	8,4	5,0	2,4	5,2
Vorratsveränderung (Mrd. €)	−15,2	−2,7	−15,2	−12,1	−4,7
Ausfuhr	695,4	13,7	5,0	2,1	2,4
Einfuhr	633,1	10,5	1,0	−2,2	3,5
Außenbeitrag (Mrd. €)	62,2	35,0	62,2	90,1	86,0
Bruttonationaleinkommen	1966,9	3,1	0,2	0,1	0,9
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2071,2	2,6	2,0	2,0	2,0
Private Konsumausgaben	1232,2	3,0	3,5	0,9	2,0
Konsumausgaben des Staates	393,5	2,2	1,6	2,2	1,4
Anlageinvestitionen	416,3	3,0	−5,1	−6,5	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	166,3	10,2	−5,4	−8,3	2,2
Bauinvestitionen	226,2	−2,1	−5,8	−5,9	−0,4
Sonstige Anlagen	23,7	6,7	4,1	0,8	4,6
Vorratsveränderung (Mrd. €)	−9,4	5,2	−9,4	−5,2	1,6
Ausfuhr	726,9	16,8	6,1	2,6	3,3
Einfuhr	688,3	18,7	1,6	−3,7	3,5
Außenbeitrag (Mrd. €)	38,6	7,8	38,6	83,1	84,4
Bruttonationaleinkommen	2055,8	2,8	1,7	1,9	2,0
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt	104,6	−0,3	1,4	1,8	1,0
Private Konsumausgaben	108,9	1,5	1,9	1,4	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	100,6	0,6	0,4	1,0	1,0
Bauinvestitionen	99,4	0,6	0,2	−0,1	0,4
Sonstige Anlagen	89,7	−1,6	−0,8	−1,6	−0,6
Ausfuhr	104,5	2,7	1,0	0,6	0,8
Einfuhr	108,7	7,4	0,6	−1,6	0,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1531,2	2,7	1,5	1,5	2,1
Arbeitnehmerentgelt	1120,4	3,9	1,9	1,0	1,5
in Prozent des Volkseinkommens		72,8	73,2	72,8	72,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	410,9	−0,2	0,2	3,0	3,8
Lohnstückkosten, real[b]		1,2	0,1	−0,9	−0,3
Produktivität[c]		2,2	1,0	1,1	1,6
Arbeitslose (Tsd.)		3889	3852	4059	4201
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,6	9,4	9,8	10,2
Erwerbstätige[d] (Tsd.)		38752	38917	38678	38392
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		22,8	−57,5	−76,7	−65,6
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		1,1	−2,8	−3,6	−3,0
Schuldenstand[e]		60,3	59,5	61,5	63,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		−22,6	2,7	47,7	47,1

[a] Prognose. – [b] Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [c] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. – [d] Inlandskonzept. – [e] In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2002), eigene Schätzungen und Prognosen.

Schaubild 2: Reales Bruttoinlandsprodukt[a] in Deutschland



[a] Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. – [b] Auf Jahresraten hochgerechnet. – [c] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – [d] Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – [e] Ab 2002 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Summary

Growth of the German Economy Remains Moderate

The weakness of the German economy has continued in the third quarter of 2002. Real GDP expanded with an annual rate of 1.1 percent, following 0.6 percent in the second quarter. Despite the Euro's appreciation, impulses came mainly from foreign demand. Growth was also supported by the moderate acceleration of consumer spending caused by faster rising wage and transfer incomes. Investment, in contrast, declined again.

In the last months of the year, aggregate production seems to have barely grown at all, as judged from the leading indicators. Business expectations of firms have been falling since June and the assessments of the current business situation have only improved very little. Industrial orders are stagnating, orders to the construction sector are falling.

Outlook: Hesitating Recovery

At the beginning of 2003, a marked acceleration of production is hampered by a number of factors. Due to the losses of financial wealth caused by the stock market crash in 2002, higher social security contributions and higher taxes as

well as unfavorable perspectives on the labor market, private households will increase spending only very cautiously. In addition, there is the appreciation of the Euro, which occurred this year but which will dampen exports well into next year. Moreover, world economic growth will at first give only small impulses to German exports. In face of rising labor costs and higher taxes, firms will be hesitating with investments, even though costs of finance are low due to low interest rates.

In the course of the year, the dampening wealth effects on consumption will cease more and more. At the same time, the lagged effects of the Euro appreciation fade out and the cyclical situation of the world economy improves. Both contributes to an acceleration of foreign demand. With low interest rates and improved sales perspectives, investment will start increasing, again. Overall, the speed of the recovery remains moderate. Capacity utilization will not start rising before the end of the year. On average, real GDP will increase by 1.0 percent, following 0.2 percent in 2002. The budget deficit of the state in relation to GDP will fall from 3.6 percent in 2002 to 3.0 percent in 2003, as a result of increased social security contributions, higher taxes and expenditures cuts.

Literatur

Benner, J., K.-J. Gern, C. Kamps, A. Kuhn, B. Sander und J. Scheide (2002). Vorübergehend abgeschwächte Konjunktur in den Industrieländern. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.

BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2002). *Finanzielle Auswirkungen des Gesetzentwurfs zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform. Arbeitsunterlage*. Berlin.

Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.

Bundesregierung (2002). *Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz – StVergAbG)*. Berlin.

Deutsche Bundesbank (2001). Realzinsen: Entwicklung und Determinanten. *Monatsbericht* 53 (7): 33–50.

– (2002). *Monatsbericht* 54 (11). Frankfurt am Main.

– (lfd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.

– (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.

EZB (lfd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.

Gern, K.-J., C. Kamps und J. Scheide (2001). Euroland: Konjunkturschwäche wird überwunden. *Die Weltwirtschaft* (3): 258–282.

– (2002). Euroland: Der Aufschwung beginnt. *Die Weltwirtschaft* (1): 54–84.

Statistisches Bundesamt (2002). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen 2001. Hauptbericht*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.